

Prof. Dr. Jürgen Boeckh
Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften
Fakultät Soziale Arbeit
Am Exer 6
38302 Wolfenbüttel
eMail: j.boeckh@ostfalia.de

Zukunft muss sich lohnen! Perspektiven für Kinder und Jugendliche – eine zentrale Aufgabe der Landes- und Kommunalpolitik

Vortrag auf der 3. Sozialkonferenz Region Braunschweig der AWO Bezirksverband Braunschweig e.V., der SPD Braunschweig und dem DGB Bezirk Braunschweig am 8. Juni 2012 in Wolfenbüttel

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Einladung zu der 3. Sozialkonferenz, der ich gerne gefolgt bin, weil mir das Thema aus unterschiedlichen Gründen am Herzen liegt.

So bin ich zum einen als Vater von drei Kindern selbst Betroffener. Ich weiß aus eigener Anschauung vor welchen Problemen Eltern stehen können, wenn es um die richtige Form der Kinderbetreuung bzw. die Wahl der schulischen Laufbahn geht.

Auch kenne ich aus eigenem Erleben den Druck, der entsteht, wenn das Kind sich in der Schule schwer tut, nicht die Gymnasialempfehlung bekommt und man es auf einmal am eigenen Leib aushalten muss, was man anderen immer gerne und schnell empfiehlt, wenn es mit den Noten nicht so hinhaut: „Lass’ dem Kind Zeit, es hat sein eigenes Tempo.“ „Das wird schon noch.“ „Ihr dürft nicht so viel Druck machen.“ Und so weiter und so fort.

Woher kommt es nur – so frage ich mich dann selbst immer wieder – dass es vermutlich nicht nur mir am Vertrauen fehlt, dass Schule die Kinder tatsächlich gemäß ihrem Entwicklungsstand und Leistungsvermögen optimal fördern wird. Und weiter kann man sich fragen, woher die Angst kommt, dass eine verfehlte frühe Weichenstellung den Kindern den Weg in eine gedeihliche Zukunft so viel schwerer machen wird?

Wenn man sich die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ansieht, dann sieht man, dass diese Ängste sehr oft überzeichnet werden. Zwar liegt die Armutsquote bei den Menschen ohne Hauptschulabschluss bei 25,8 % - wird der Hauptschulabschluss aber erreicht, fällt die Quote auf 10,2 % und liegt damit gleichauf mit den Werten für die Menschen mit Realschulabschluss bzw. Abitur (10 bzw. 10,8 %). Erst das abgeschlossene Studium senkt das Risiko dann wiederum deutlich auf 4,7 %.¹

¹ Destatis 2011: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bunderepublik Deutschland, S. 168, Wiesbaden

Der zweite Grund, warum mir das Thema am Herzen liegt, ist meine berufliche Verbundenheit. Seit knapp 5 Jahren lehre ich an der Ostfalia an der Fakultät Soziale Arbeit am Fachbereich Soziale Arbeit. Dort vertrete ich das Fach Sozialpolitik – befasse mich also intensiv mit den Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit und weniger – das sei an dieser Stelle auch bereits angemerkt – mit der konkreten Praxis Sozialer Arbeit bzw. ihrer Methoden.

Was wir tun, für wen wir etwas tun, wie wir etwas tun, was wir auch nicht tun, hängt nicht nur in der Sozialen Arbeit stark von öffentlicher Wahrnehmung und sozialpolitischen Rahmenbedingungen ab. Insofern passt das heute m.E. sehr gut, wenn ich versuche das Themenfeld etwas systematischer aufzureißen, ein paar gedankliche Reizpunkte zu setzen und Sie dann in den Workshops die Möglichkeiten von Konkretisierungen bekommen. Patentrezepte habe ich also heute nicht dabei.

Lassen Sie mich mit einigen Anmerkungen zum Themenfeld frühkindliche Bildung beginnen:

Frühkindliche Bildung ist mittlerweile ja zu einer Art Wunderwaffe im Kampf gegen soziale Ungleichheit verklärt worden. Es gibt kaum noch eine Diskussion, die nicht ihre Bedeutung hervorhebt. Davor waren es die Schlagwörter Kooperation, Netzwerkarbeit und Nachhaltigkeit – heute gibt es kein Geld mehr, wenn nicht mindestens einmal ‚Frühe Förderung‘ oder etwas allgemeiner ‚Bildung‘ im Antrag steht.

Ich war letztes Jahr zur Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf einer Podiumsdiskussion. Der Ministeriumsvertreter hat voller Stolz erklärt, dass sich die Leitung des Hauses der Selektivität unseres Schulsystems voll bewusst und Bildung der Schlüssel für mehr Teilhabe sei.

Ich erlaubte mir daraufhin die Bemerkung, dass das alles sehr loblich sei, sich mir aber auch die Frage aufdränge, warum es so viel Zeit gekostet habe zu dieser Erkenntnis zu kommen. Die bildungspolitischen Erfolge der 1970er Jahre – Stichwort „Bildung für alle“ – hätten durchaus schon länger bekannt sein können. Ebenso diskutiere die Forschung die Selektivität des Bildungssystems nicht erst seit PISA.

Doch wollen wir den Spott nicht allein über einem christdemokratischen Ministerialen ausschütten. Auch Sozialdemokraten und Grüne müssen sich fragen, warum sie den Zusammenhang von Bildung und sozialer Mobilität nach dem PISA-Schock erst wieder aneignen mussten.

Und ebenso grundsätzlich müssen sich die politisch Verantwortlichen aller Lager fragen, ob das was wir in der Zwischenzeit als bildungspolitisches Mosaik vorfinden, auch nur ansatzweise einem integrierten Ansatz in der Bildungspolitik entspricht. Den Ländern die Zuständigkeit für den Bildungsbereich gelassen zu haben, ist m.E. eines der größten Hemmnisse für eine integrative Bildungsstrategie. Im Ergebnis haben wir mittlerweile eine Vielfalt an Schulformen, die selbst die KMK vermutlich nicht mehr überschauen kann.

Dabei wäre es zu billig, den Schwarzen Peter allein der Politik zu zuschieben. Politik ist hier Spiegel der Zerrissenheit einer Gesellschaft, in der das Bildungssystem zwar nicht den offiziellen aber doch den impliziten gesellschaftlichen Auftrag hat, die Bildungsinteressen der Mittelschicht zu schützen.

Wenn Eltern auch nur die leiseste Gefahr wittern, dass mehr Bildungsinclusion, dass die Förderung von mehr Bildungsmobilität zu einem Leistungsabfall des eigenen Nachwuchses führen könnte, dann sinkt nach meiner Erfahrung die Bereitschaft neue Formen auszuprobieren bzw. akzeptieren rapide ab. Und damit dann auch die Bereitschaft der Politik diese weiter auszubauen.

Wenn wir an die Armutsziffern zurück denken, die ich am Anfang zitiert habe, dann können wir sagen, dass rund 10 % der Absolventen jeden Schultyps sich in Armutslagen wiederfinden wird. So gesehen, wirkt das System sogar egalisierend.

Was wir aber auch feststellen müssen, ist dass unsere Bildungseinrichtungen eher den gesellschaftlichen Status Quo erhalten, als dass sie soziale Mobilität von unten nach oben möglich machen würden.² Das bedeutet, dass das Bildungssystem die schichtenspezifische Inanspruchnahme der einzelnen Schultypen nicht aufweicht. Kurz: Man bleibt unter sich!

Die Förderung von benachteiligten Gruppen erfolgt nach einem modifizierten St. Floriansprinzip. Soll heißen, sie wird da akzeptiert, wo sie nicht mit den Interessen der eigenen Nachkommenschaft kollidiert. So ganz freimachen können wir uns doch alle nicht von der Angst, dass die Förderung in der Breite zu einem Verlust an Qualität in der Spitze führt, oder?

Der französische Soziologe *Pierre Bourdieu* hat das bereits vor mehr als zehn Jahren auf den Punkt gebracht, wenn er schreibt: „Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als Bestände seine Funktion nicht darin auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind.“³

Im Übrigen ist es auch interessant zu beobachten, wie weit verbreitet der Wunsch von Eltern ist, die Leistungsanforderungen in der Schule anzuziehen. Schon in der Grundschule können Sie miterleben wie quasi täglich das Schreib- und Lesevermögen oder die Mathekenntnisse der Kleinsten evaluiert und in Vergleich mit den Nachbarschulen gesetzt wird. Und wehe es zeigt sich dabei, dass das eigene Kind hier Defizite aufweist.

Sie halten das für überzogen? Dann denken Sie doch nur einmal an den Schulstreit in Hamburg zurück oder an den Wahlkampf in NRW, in der die F.D.P mit dem Slogan „Schulen besser machen nicht gleicher!“ genau auf diese Angst anspielt, nämlich dass der Abbau von Sozialer Ungleichheit letztlich Gleichmacherei sei, die die Bildungsergebnisse auf niedrigerem Niveau für alle einpendele.

Das kann sogar so sein – nur hat man dann nicht verstanden, um was es bei dem Abbau von sozialer Ungleichheit im Bereich der frühkindlichen wie der schulischen Bildung geht.

² Holz, Gerda 2003: Kinderarmut verschärft Bildungsmisere, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B 21-22/2003, S. 5

³ Pierre Bourdieu, zit. n. Kuhlmann, Carola (2012): Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten, in: Huster, Ernst-Ulrich, Boeckh, Jürgen, Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.) Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, S. 349, 2. Auflage, Wiesbaden

Die Kollegin Kuhlmann von der Evangelischen Fachhochschule in Bochum greift dieses Problem auf und bricht es auf die Handlungsebene herunter, wenn sie schreibt:

„Um die Verschärfung der Ungleichheit zu verhindern, müssten sowohl die vermittelten Unterrichtsstoffe, wie die Beurteilungskriterien, Vermittlungsmethoden und die Lehrtechniken daraufhin überprüft werden, wo sie Kinder begünstigen oder benachteiligen. Um dies entscheiden zu können, ist es notwendig, die Lehrerinnen und Lehrer so auszubilden, dass sie ein Bewusstsein für die soziale Ungleichheit ihrer Schülerinnen und Schüler entwickeln.

Bourdieu [so schreibt sie weiter] fordert eine „rationale Pädagogik“, darunter versteht er eine Pädagogik, „(...) die um all die Unterschiede weiß und die *den Willen hat, diese zu verringern*. Das ist das ganze Problem der Reform und insbesondere das Problem des Grundschulunterrichts.“ (Bourdieu 2001: 24)

Lehrerinnen und Lehrer dürfen nichts als bekannt voraussetzen, sondern müssen versuchen, allen, alles beizubringen. Prüfungskriterien müssen klar sein, denn alles, was nicht explizit genannt, aber trotzdem vorausgesetzt wird, setzt diejenigen in Vorteil, die über inkorporiertes Kapital verfügen.“⁴ – soweit die Bochumer Kollegin.

Ich kann nicht erkennen, dass die Debatte um die Zukunftschancen der Kinder in diesem umfassenden Sinn geführt wird. Wir streiten uns um das Betreuungsgeld bzw. darum wie viele Plätze wir für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren brauchen. Heute steht in der Süddeutschen, dass die Verfassungsmäßigkeit des Betreuungsgeldgesetzes in Frage steht. Und Frau von der Leyen rät den entlassenen Schleckle-Mitarbeiterinnen in Mangelberufe umzuschulen und hat dabei offenbar die Kitas im Blick – so sieht die Qualitätsdebatte in Deutschland aus.

Es fällt uns offenbar sehr schwer unsere Denkstrukturen im Sinne des gerade skizzierten Zusammenhanges zu durchbrechen und deshalb zementieren wir ungeachtet aller Reformanstrengungen immer wieder die Zustände, die der Kommentator der Süddeutschen Zeitung vor einiger Zeit unter dem Untertitel „Deutschland, Drei-Klassen-Land“ wie folgt zusammengefasst hat:

Im oberen gesellschaftlichen Drittel bildet sich eine 1. Klasse von Mädchen und Jungen, die eine „luxuriöse Kindheit – mit guten Schulen, teurer Nachhilfe, mit den „richtigen“ Statussymbolen und dem Schüleraustausch nach Übersee“ erlebt.

Die 2. Klasse sind die Kinder der bürgerlichen Mitte, deren Eltern sich um Anschluss bemühen, und dabei erleben „wie teuer eine „gute“ Kindheit geworden ist.“ Der verzweifelte Versuch, in der „Wissensgesellschaft“ Anschluss zu halten, führt nicht selten zu überzogenen Bildungserwartungen. In Verbindung mit letztlich nicht ausreichenden Ressourcen leiden hier am Ende beide – Eltern und Kinder – unter Bildungsstress.

⁴ Kuhlmann, Carola (2012): Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten, in: Huster, Ernst-Ulrich, Boeckh, Jürgen, Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.) Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, S. 350, 2. Auflage, Wiesbaden

Und die 3. Klasse sind die „Abgehängten, die Chancenlosen. Falls sie einen Schulabschluss schaffen, ist er auf dem Arbeitsmarkt nichts wert. Hoffnung auf Aufstieg haben sich nicht, und wenn sie sich zugehörig fühlen wollen, läuft das über eine Art verzweifelten Konsum: Ich kriege nur miese Jobs, aber immerhin ein tolles Handy – falls ich mich verschulde.“⁵

Glaubt man dem Sozialethiker *Friedhelm Hengsbach* so halten wir mit unserer Leistungsgesellschaft an dem Leitbild fest, dass die gesellschaftliche Position eines Menschen Ergebnis seiner Leistung ist.⁶ Zumindest tendieren wir dazu, die eigene gesellschaftliche Position und den eigenen materiellen Wohlstand als Ergebnis eigener Leistung zu legitimieren, was bei vielen Zeitgenossen auch den großen Unwillen erklären mag, der Gesellschaft in Form von Steuern zurück zu geben, was der Gesellschaft gehören würde.

Wenn wir die zur Leistungsgesellschaft gehörende soziale Ungleichheit aber gar nicht grundsätzlich überwinden wollen, weil wir sie als wichtiges Belohnungssystem akzeptiert haben, dann ist meine große Befürchtung, dass wir im Ergebnis vor allem das fördern werden, was die Engländer „Blame cultures“ nennen.

So wie es früher immer hieß „Wer Arbeiten sucht, findet auch welche!“ werden wir den zukünftigen Bildungsverlierern individuelles Versagen vorwerfen können, weil sie unzureichenden Gebrauch von den Bildungsangeboten gemacht haben. Sollte aber nur keiner sagen, die Gesellschaft hätte nicht alles unternommen, um ihm diese Möglichkeiten zu Verfügung zu stellen.

Der Vorteil dieser Sündenbock-Kultur liegt auf der Hand: Die an den strukturellen Problemen der frühen Förderung bzw. der Förderung durch Bildung aufzuhängenden Grundsatzfragen werden im Zeitalter des politischen Pragmatismus ausgeblendet und die verteilungspolitischen Folgen dieses Versäumnisses werden individualisiert.

Kommen wir zu einem zweiten Punkt, den ich gerne ansprechen möchte:

„Es muss mehr Geld in die Systeme fließen, um pädagogisch bedarfsgerechte sowie nachhaltig wirksame Konzepte realisieren zu können.“ Kommt Ihnen dieser Satz bekannt vor? Kein Wunder, er steht so nicht nur im Flyer zu dieser Veranstaltung, er gehört in dieser oder ähnlicher Form auch zum Standardrepertoire eines Sozialpolitikers. Sie werden ihn deshalb auch in vielen meiner Vortragsmanuskripte finden können.

Bleibt die Frage, ob ihn das allein zu einer richtigen Aussage macht? Ich werde da zunehmend skeptischer.

⁵ Berth, Felix (2009): Klasse Kindheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2009, <http://www.sueddeutsche.de/karriere/bildung-in-deutschland-klasse-kindheit-1.36762>

⁶ Hengsbach, Friedhelm SJ: Leistungslegenden im Spiegel gleicher Gerechtigkeit, in: Benz, Benjamin, Boeckh, Jürgen, Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.) 2010: Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit, S. 52 ff., Wiesbaden

Ich arbeite in einem Bereich, aus dem auch immer wieder der Ruf ertönt, dass diese oder jene Aufgabe nur dann zu erfüllen sei, wenn es dafür mehr Geld gäbe. Und im Übrigen sei der Untergang des Abendlandes ebenso gewiss wie das Amen in der Kirche, wenn gerade nun diese Förderung unterbliebe.

Wer hält aber eigentlich nach was mit den so gewonnenen Geldern tatsächlich erreicht wurde? Um am Beispiel der Hochschulen zu bleiben: Wer will eigentlich ernsthaft wissen, ob z.B. die Studiengebühren tatsächlich in der Breite zu einer Verbesserung der Lehre geführt haben?

Ich will gar nicht bestreiten, dass viele positive Dinge mit diesem Geld bewegt werden konnten. Fakt ist aber auch, dass viele Hochschulen Schwierigkeiten hatten die Beiträge tatsächlich für die Verbesserung der Lehre auszugeben. Statt die Beiträge nun aber einfach zu senken oder jährliche Überschüsse an die Studierenden zurück zu zahlen, verbleibt das Geld im System.

Kommen wir zu unserem Bereich zurück:

Laut Statistischen Bundesamt lebten in im Jahr 2008 in Deutschland rd. 82 Millionen Menschen. Davon waren 19 % unter 20 Jahren alt – das sind ungefähr 15,6 Millionen Menschen. Laut Familienministerium wurden 2008 insgesamt 187 Mrd. Euro für unmittelbar familienpolitische bzw. kindbezogene Maßnahmen ausgegeben.

Hinzu kommen weitere 51 Mrd. Euro für Schulen und rund 72 Mrd. für ehebezogene Leistungen. In Summe macht das 310 Mrd. Euro. Pro Kopf haben wir damit rund 20.000 Euro für die Menschen unter 20 Jahren ausgegeben. Wenn immer zwei davon zusammenlegen würden, könnten sie einen persönlichen Sozialarbeiter finanzieren.

Was will ich mit diesem Zahlenspiel zu Ausdruck bringen?

Aus meiner Sicht stecken wir nicht zwingend zu wenig Geld in diese Bereiche sondern wir finanzieren die falschen Leistungen. Das ist ein grundsätzliches Problem unseres sozialen Sicherungssystems. Dieses ist sehr transferlastig, was bedeutet, dass wir einen hohen Anteil unserer sozialen Sicherung in Form von Geldleistungen erbringen.

Demgegenüber investieren wir zu wenig in Infrastruktur und Dienstleistung. Dieses Manko fällt uns jetzt, da wir ein Umdenken in der Sozialpolitik zu personalintensiven Interventionen beobachten können, mit besonderer Wucht auf die Füße.

Kindergeld und Kinderfreibeträge schlagen mit 36 Mrd. Euro zu Buche. Das Ehegattensplitting kostet weitere 21 Mrd. Die Kinderkomponente bei der Eigenheimförderung kostet immer noch 2 Mrd.

Aus meiner Sicht könnte das Ehegattensplitting komplett gestrichen und in Infrastrukturleistungen für Familien überführt werden. Damit meine ich nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe sondern durchaus auch generationenübergreifende Angebote.

Damit wäre dem politischen Ziel der Stärkung von Familie als Solidargemeinschaft weitaus mehr gedient, als eine Steuersubvention, von der vor allem die Paare mit einer hohen Einkommensdifferenz profitieren.

Das Kindergeld bzw. die Kinderfreibeträge sollten aus meiner Sicht gekürzt und vor allem einkommensabhängig gewährt werden. Das frei werdende Geld kann dann in den Betreuungs- bzw. schulischen Bereich überführt werden.

Eine kostenlose wohnortnahe Betreuung für die Kleinsten, echte Lernmittelfreiheit, vernünftige Ganztageschulen, ein kostenloses Studium mit einer angemessenen Bafög-Förderung – das würde vielen Familien mehr helfen, als ein Kindergeld, das ihnen mit der linken Hand gegeben und mit der rechten direkt wieder von Kita oder Schule bzw. Hort genommen wird.

Auch das Geld für das unsägliche Bildungs- und Teilhabepaket könnte sich der Bund m.E. komplett sparen und direkt in die Ausstattung der Schule, Musikschulen und Kindergärten stecken – wenn er es denn dürfte.

Seit wann definiert sich denn der Förderungsbedarf eines Kindes am Einkommen der Eltern? Es kann doch nicht sein, dass eine Familie keinen Anspruch mehr hat nur weil sie 50 Euro über der Einkommensgrenze liegt. Alle Kinder müssen das Recht auf optimale Förderung haben. Und die öffentlichen Einrichtungen müssen so ausgestattet sein, dass sie ihn auch abdecken können. Das kann keine Aufgabe des SGB II sein.

Damit komme ich zum dritten und letzten Punkt. Ganz wichtig erscheint mir, dass Sie mit dem Programm auch den Bereich der Organisation von Infrastruktur in den Blick nehmen. An intelligentem Übergangsmanagement fehlt es uns ja nicht nur an der Schnittstelle von Schule und Beruf. Auch die Schnittstelle Elementarbereich und Schule oder Schule und Kinder- und Jugendhilfe sind ausbaufähig. Damit sind wir dann auch bei der Frage angelangt, was Landes- und Kommunalpolitik tun können.

Am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt a.M. beschäftigt man sich schon seit vielen Jahren mit der sog. AWO-ISS-Studie zur Kinderarmut. Das besondere an der Studie ist, dass sie nicht nur empirisches Material erhebt sondern auch direkt in die lokale Infrastrukturentwicklung einfließt. Vielleicht ist dem ein oder anderen von Ihnen das Präventionsprojekt der Stadt Monheim für Kinder (Mo.Ki) in diesem Kontext ein Begriff.

Für das Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, das gerade in der 2. Auflage erschienen ist, hat die wissenschaftliche Leiterin der AWO-ISS-Studie, *Gerda Holz*, die Wirkungen der sozialen Dienste für arme Kinder und deren Familien analysiert. Sie kommt zu dem Schluss, dass ...

- das SGB VIII zu reaktiv ist und die Kommunen in ihren „Konzept(e)n, Ressourcen und Angebote(n) den Präventionsgedanken noch kaum verwirklichen.“
- sich der Fokus des SGB VIII zwar langsam Richtung „Frühe Hilfen“ verschiebt, aber die „Angebote für die älteren Altersgruppen unter den Minderjährigen nach wie vor das Hauptengagementfeld“ bildet. Das bedeutet, dass immer noch die Krisenintervention vor der präventiven Begleitung und Beratung steht.

- es den Kommunen an professioneller Sozialplanung mangelt. Hier ist besonders das Fehlen einer integrierten Sozialplanung, in der „Kinder- und Jugendhilfe, Kindergarten- und Schulentwicklungsplanung, Gesundheits- und Sozialberichterstattung zusammengeführt sind“ zu beklagen.
- die Gesundheitsförderung dem kurativen Bereich im Gesundheitswesen nach wie vor untergeordnet ist. Auch hier gilt, dass das System eher auf Reaktion als auf frühzeitige Prävention ausgerichtet ist. Was lernen die Kinder in vielen Kindergärten und Horteinrichtungen: Das Essen kommt aus der Mikrowelle!
- im Bildungsbereich die Schulsozialarbeit zwar direkten Zugang zu benachteiligten Kindern findet, sie aber kaum in Kindertagesstätten oder Grundschulen zum Einsatz kommt. Dabei ist „die Gruppe der Kinder unter zehn Jahren am stärksten von Armutsrissen betroffen und das in der Altersphase mit dem größten Entwicklungs- und damit Präventionspotenzial.“

Wenn man das hört, kann man daraus den Schluss ziehen, dass Land und Kommune auch bei knapper Haushaltslage Spielräume haben. Denn es geht nicht so sehr darum neue Hilfsangebote und Strukturen zu entwickeln. Es fehlt uns in der Regel nicht an differenzierten Hilfen für einzelne Zielgruppen. Gerade in der beruflichen Bildung, die ja heute noch diskutiert werden soll, aber auch in vielen anderen Bereichen gibt es in große Vielfalt an Trägern und Angeboten.

Die Angebote greifen aber häufig zu spät, was wiederum daran liegt, dass es an der Koordination zwischen den einzelnen Bereichen mangelt. Schon Fachkräfte haben oft kaum den Überblick über Leistungen und Angebote. Wie sollen ihn dann die Betroffenen bekommen.

Es fehlt an Lotsensystemen, die Eltern bzw. Jugendlichen Orientierung bieten können. Auch fehlt es häufig an Diensten, die an den Schnittstellen für eine kontinuierliche Beziehungsarbeit sorgen könnten. Hier kann mit wenig Aufwand viel erreicht werden. In Monheim z.B. ist das eine Personalstelle für eine Fachkraft, die für den Aufbau der lokalen Präventionskette zuständig ist.

Aber auch die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten im Sozialwesen müssen stimmen: Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind oft selbst befristet beschäftigt. Die Träger nicht nur der beruflichen Bildung haben oft eine hohe Personalfuktuation, weil sie sich überwiegend aus Projektgeldern refinanzieren.

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege unterlaufen Tarifstandards und konzentrieren sich auf die lohnenden Felder der Sozialwirtschaft. Die Abrechnung über Fachleistungsstunden führt dazu, dass kaum noch Zeit für eine systematische Weiterentwicklung der eigenen Arbeit bleibt, weil keine Overhead-Kosten eingeplant sind. Da müssen die Mitarbeiter/-innen von ambulanten Diensten dann auch das eigene Auto mitbringen, weil der Träger diese nicht finanzieren kann oder will.

Alles keine guten Voraussetzungen für die Erbringung von personenbezogenen Dienstleistungen und eine strategische Planung.

Landes- und Kommunalpolitik kann nicht aus eigener Kraft gesetzliche Rahmenbedingungen und Strukturen ändern. Aber sie kann einen lokalen politischen Rahmen setzen, der Orientierung bietet und Planung und Steuerung ermöglicht. Die Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die die EU im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung eingeführt hatte, könnten hier auf lokaler Ebene durchaus sinnvoll eingesetzt werden.

Meine Sorge ist, dass sowohl die Landes- als auch die Kommunalpolitik noch nicht erkannt haben, dass Bildungs- und Sozialpolitik auf das Engste zusammen gehören. Während die angelsächsischen Länder unter *social policy* immer schon *education* und *social security* verstanden haben, haben wir in Deutschland bis heute die Trennung von Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik.⁷ Im Moment konzentrieren wir uns vor allem auf die Bildungspolitik und verlieren dabei andere Zielgruppen aus den Augen.

Politik ist gefordert hier Recht auf Teilhabe aller Menschen im Blick zu behalten. Im Wahlkampf in NRW hat man sehr schön gesehen, wie die öffentliche Wahrnehmung gesteuert wird. Während Herr Röttgen auf jedem zweiten Plakat durch die Augen eines kleinen Kindes schauen wollte, hat sich Frau Kraft beim Spiel im Sandkasten um die Förderung der Kleinsten verdient gemacht.

Obdachlose Menschen, überschuldete Menschen, arbeitslose Menschen, behinderte Menschen, kranke Menschen, drogensüchtige Menschen, alte Menschen hat man hingegen nicht mit den Spitzenkandidaten abgelenkt.

Ich würde mir wünschen, dass von dieser Sozialkonferenz ein starkes Signal an alle Menschen dieser Region ausgeht, dass die Politik und die Träger der Wohlfahrtspflege ihre Interessen im Blick behalten.

⁷ Allmendinger, Jutta, Leibfried, Stefan (2003): Bildungsarmut, in: aus Politik und Zeitgeschichte Heft B 21-22/2003, S. 12 - 17